



BIRGIT HEITLAND MdL



SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

die Sommerferien stehen zwar vor der Tür, doch die Bewältigung der Pandemie und die Überwindung der wirtschaftlichen Schäden des Infektionsschutzes haben die Landes- und Bundespolitik weiterhin fest im Griff. Deswegen arbeitet die CDU weiter mit vollem Einsatz am Wiederaufbau unserer Heimat. Neben den Lockerungen der Beschränkungen geht es in dieser Ausgabe vor allem um Digitalisierung, Schulöffnungen, Förderprogramme und das Sondervermögen, durch welches wir die notwendigen Mittel freisetzen, um diese Krise gemeinsam zu stemmen.

Ihre

Birgit Heitland
Birgit Heitland

LAND HESSEN STÄRKT DIE DIGITALE INFRASTRUKTUR IM BILDUNGSWESEN

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben in Hessen und Deutschland Wirkung gezeigt. Sinkende Infektionszahlen erlauben eine schrittweise Rückkehr zur Normalität. So wird auch der Schulbetrieb in Hessen in verschiedenen



Etappen wieder aufgenommen. Nach langen Monaten

der häuslichen Beschulung und der Notbetreuung, erhalten seit Anfang Juni alle Klassen auch wieder tageweise Präsenzunterricht. Nach eingehender Prüfung der Risikolage hat sich Hessen entschlossen, die Grundschulen noch vor den Sommerferien wieder vollständig zu öffnen.

Der Lernprozess läuft aber auch außerhalb des Präsenzunterrichts weiter. Das Schulportal, unsere hessische digitale Unterrichtsplattform, schafft landesweit einheitliche Qualitätsstandards und unterstützt beim unterrichtsersetzenden Lernen zu Hause. Mit dem Programm ‚Digitale Schule Hessen‘ investieren wir seit 2019 eine weitere knappe halbe Milliarde Euro in die Köpfe unserer Kinder. Während der Corona-Krise haben wir in Hessen die Zahl der angeschlossenen Schulen mit einem Kraftakt um 50 Prozent auf rund 1.000 gesteigert. In Kürze werden alle Schulen geschlossen sein.

Um dem Gleichheitsgrundsatz gerecht zu werden, fördert der Bund mit einem

WEITER AUF SEITE 4 ▶



Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne stelle ich Ihnen heute die letzte Ausgabe „Aktuelles aus dem Landtag“ vor den Sommerferien vor. Zwei lange und intensive Plenarwochen mit wichtigen und zukunftsstragenden Entscheidungen liegen hinter uns. Insbesondere der Beschluss und die Umsetzung des 12 Mrd. schweren Hilfspaketes zur Bewältigung der Corona-Krise ist ein wichtiger Meilenstein im Kampf gegen die Auswirkungen des Virus und ein starkes Zeichen für unsere Handlungsfähigkeit. Gerade jetzt, in diesen außergewöhnlichen Zeiten müssen wir gewährleisten, was die Menschen am meisten brauchen: planbare und verlässliche Hilfen.

Die Hessinnen und Hessen haben einen Anspruch darauf, dass die Landesregierung sie bestmöglich durch die Krise führt. Diesem Anspruch wollen wir mit dem außergewöhnlichen Schritt eines Sondervermögens von bis zu 12 Mrd. Euro gerecht werden. Durch das Sondervermögen

helfen wir nicht nur mit weiterem Geld für Gesundheitsschutz, den Erhalt von Arbeitsplätzen sowie für unsere soziale und kulturelle Infrastruktur. Wir nutzen auch Chancen, die in der Krise liegen, modernisieren unser Land und investieren etwa in Digitalisierung und Klimaschutz. Bürger, Unternehmen, Arbeitnehmer, Vereine, Kommunen sowie alle gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen sollen wissen, dass wir sie im Blick haben und hart daran arbeiten, Ihnen für die kommenden Jahre Sicherheit zu geben.

In einem ausführlichen Beitrag beschäftigen wir uns mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses zum Mordfall Dr. Walter Lübcke. Der Tod unseres Freundes Walter Lübcke schmerzt nach wie vor sehr und lässt uns alle und insbesondere die CDU-Familie weiterhin fassungslos zurück. Polizei, Justiz und Ermittlungsbehörden haben in den vergangenen 12 Monaten akribisch und mit vollem Einsatz daran gearbeitet, dass dieses abscheuliche Verbrechen aufgearbeitet wird und dass die Täter ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Mit dem am 16. Juni begonnenen Prozess vor dem Oberlandesgericht Frankfurt ist nun ein wichtiger Schritt getan, um die mutmaßlichen Täter zur Rechenschaft zu ziehen. Parallel zu diesem Prozessbeginn wurde in der vergangenen Woche ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, um Hintergründe und begleitende Umstände zu beleuchten und zu untersuchen. Wir haben diesem Ausschuss zugestimmt, nicht weil es unser Wille war, sondern weil wir es als unsere Pflicht und Verantwortung empfunden

haben. Es geht um den Mord an unserem Freund, einem von uns, einem Teil der CDU-Familie. Umso deutlicher möchte ich unterstreichen: Niemand hat ein größeres Interesse an der Aufklärung der Tat und der Hintergründe als wir. Wir werden es daher als unsere Aufgabe begreifen nicht nur aufzuklären, sondern vor allem auch die Familie Lübcke zu schützen und ihr in dieser schweren Zeit zur Seite zu stehen. Denn gerade für sie beginnt mit dem Prozess und den ständigen Anlässen zu neuen Berichterstattungen wiederum eine Zeit, die keiner von uns jemals nachempfinden kann und möchte. Aber sie alle wissen, die CDU-Familie ist auch in diesen harten Stunden für sie da.

Abschließend geben wir in dieser Ausgabe Informationen zur Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes und ein klares Bekenntnis der Wertschätzung für die Arbeit unserer Polizei und Einsatzkräfte. Gerade im Zuge der Ausschreitungen in Stuttgart und den latenten Rassismuskorruptionen und Unterstellungen aus linken Teilen von Gesellschaft und Politik verdienen sie unser aller Rückhalt und Dank für ihre tägliche Arbeit.

Eine interessante Lektüre und vor allem schöne und erholsame Sommertage wünscht Ihnen

Holger Bellino

Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

EINSETZUNG UNTER MORDFALL DR. WALTER LÜBCKE

Ines Claus, Fraktionsvorsitzende

Der schreckliche Mord an unserem CDU-Parteifreund und Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke hat Hessen erschüttert. Die Tat am 2. Juni 2019 ist zweifellos eine tiefe Zäsur für jeden, der Walter Lübcke kannte. Darüber hinaus ist sie ein tiefer Einschnitt für unser demokratisches Gemeinwesen und für unser gesamtes Land. Erstmals seit den niederträchtigen Morden der RAF ist ein Repräsentant unseres Staates und unserer freiheitlichen Demokratie offenbar gezielt und aus niederträchtigen Motiven zum Opfer rechtsextremistischer Gewalt geworden.

Immer noch fragen sich viele und fragen auch wir uns, wie konnte es dazu kommen. Wie ist es möglich, dass in diesem freien, demokratischen Land ein Politiker mutmaßlich wegen seiner Äußerungen, seiner Ansichten Opfer eines feigen Mordes werden konnte. Dr. Walter Lübcke war ein lebensbejahender Mensch, ein Brückenbauer, der die Interessen der Bürger in Nord- und Osthessen und weit darüber hinaus mit großer Empathie vertreten hat. Er war zehn Jahre lang Mitglied unserer Fraktion im Hessischen Landtag, ein beherzter Christdemokrat und demokratischer



Vorkämpfer, der für seine Grundsätze und Werte eingetreten ist und als Kasseler Regierungspräsident humanitäre Größe in schwierigen Zeiten bewiesen hat. Umso unverständlicher ist es, dass es genau diese vorbildlichen Tugenden waren, die ihm menschenverachtende Anfeindungen und puren Hass entgegenbrachten. Er wurde zum Feindbild von Rechtsradikalen, aus deren Reihen er hinterrücks und kaltblütig ermordet wurde. Unsere Betroffenheit geht bis ins Mark, auch weil es nach wie vor unbegreifbar ist, was an jenem 2. Juni geschah.

Der Prozessauftritt vor dem Oberlandesgericht Frankfurt ist nun ein sehr wichtiger Schritt, die fürchterliche Tat und ihre Hintergründe aufzuklären. Unsere Gedanken sind dabei einmal mehr bei der Familie von Walter Lübcke, die in dem Prozess als Nebenkläger auftritt. Für sie beginnt wiederum eine schwere Zeit, aber sie alle wissen, die CDU-Familie ist auch in diesen harten Stunden weiter fest an ihrer Seite.

Parallel zu dem Prozessbeginn wurde ein Untersuchungsausschuss im Landtag eingesetzt, um Hintergründe und begleitende Umstände zu beleuchten und zu untersuchen. Ein Ausschuss, den es aus unserer Sicht nicht gebraucht hätte, dient er doch - wie die Verlautbarungen der Opposition in diesen Tagen zeigen - eher der parteipolitischen

Profilierung als der eigentlichen Aufklärung. Parteipolitische Interessen haben jedoch angesichts der Tat in den Hintergrund zu treten. Unser Innenminister Peter Beuth hat in den vergangenen zwölf Monaten in praktisch jeder Sitzung des Innenausschusses Stellung genommen und den Ausschuss ausführlich unterrichtet. Ebenso haben die Ermittlungsbehörden von Polizei und Justiz alles dafür getan, die Tat schnellstmöglich aufzuklären und die Anklage der Bundesanwaltschaft vorzubereiten. Ihnen gebührt dafür unser tief empfundener Dank.

Insofern bestand aus Sicht der CDU-Fraktion keine Not, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Und dennoch haben wir dem Antrag zugestimmt. Nicht, weil es unser Wunsch war, sondern weil wir es als unsere Pflicht empfunden haben. Es geht um Mord, um das abscheuliche Verbrechen an unserem Freund Dr. Walter Lübcke.

Mit der Zustimmung machen wir zudem deutlich, dass unser Hessischer Innenminister im Innenausschuss des Landtags bereits alles, was nun an Dokumenten gefordert wird, bereits auf den Tisch gelegt hat. Wir werden es daher als unsere Aufgabe begreifen nicht nur aufzuklären, sondern auch und insbesondere die Familie des Opfers zu schützen. Die Familie Lübcke hat unermessliches Leid erfahren und die ständigen Anlässe zu neuen

Berichterstattungen, der Prozess und viele andere Umstände führen dazu, dass der nicht enden wollende Schmerz immer wieder neu entflammt. Als CDU-Fraktion, die Fraktion von Walter Lübcke wollen und werden wir daher nicht zulassen, dass die Familie vor den Ausschuss zitiert wird. Bei allem politischen Diskurs, der in der nun anstehenden parlamentarischen Befassung mit diesem Mord sicherlich noch geführt werden wird, sollte es die gemeinsame Auffassung und Konsens aller Parlamentarier sein, Rücksicht zu nehmen auf die Menschen, die von den Geschehnissen des 2. Juni 2019 härter getroffen wurden als jeder andere.

Abschließend möchte ich überdies einen Punkt noch unmissverständlich deutlich machen: Die Zustimmung der CDU zu diesem Antrag, den auch die Linke mit eingereicht hat, ändert nichts an unserer glasklaren Haltung, an unserer Abgrenzung nach links und rechts außen. Wir werden es in keiner Weise zulassen, dass die Linke den Mord an Dr. Walter Lübcke instrumentalisiert. Unsere Zustimmung erfolgte aus Verantwortung, aus der Pflicht gegenüber Walter Lübcke. Sie bedeutet keine Abkehr von unseren Parteitagebeschlüssen und unserer inneren Überzeugung, dass wir mit Kräften, die unsere Gesellschaft umstürzen wollen, inhaltlich in keiner Weise zusammenarbeiten. Und das gilt links wie rechts!

MEHR FACHKRÄFTE IN DIE KITAS

Claudia Ravensburg, sozialpolitische Sprecherin

Wir freuen uns sehr, dass in Hessen die Kinderzahlen kontinuierlich steigen. Zeigt es doch auch, dass Hessen ein familienfreundliches Land ist. Die Schaffung von weiteren Betreuungsplätzen ist daher in allen Landesteilen geplant. Das Land unterstützt die Kommunen dabei mit einem eigenen Investitionsprogramm in Höhe von 142 Mio. Euro. Doch was bringen Kitaplätze, wenn es an Erzieherinnen und Erziehern fehlt? In den letzten Jahren haben wir gemeinsam mit den Trägern der Erzieherfachschulen die Schulplätze auf über 8400 Plätze verdoppelt. Darüber hinaus ermöglichen wir in 2020 und 2021 jeweils 600 jungen Menschen eine dualisierte praxisorientierte Ausbildung, wobei das Land in den Kitas die Anleitung übernimmt und die Vergütung zahlt.

Zudem haben wir im Rahmen der am 25. Juni verabschiedeten Novelle des Hes-

sischen Kinder- und Jugendhilfegesetzes den Fachkräftecatalog moderat erweitert. So werden mit Inkrafttreten des Gesetzes Heilerziehungspfleger in allen Kitas als Fachkraft anerkannt und Sozialassistenten, Kinderpfleger und auch Personen mit fachfremden Abschlüssen zur Mitarbeit in den Gruppen zugelassen. Diese Kräfte müssen bereits Erfahrung in der Kinder- und Jugendarbeit haben und werden zu einer Fortbildung im Bereich frühkindliche Bildung verpflichtet.

So kann beispielsweise die Logopädin in Kitas mitarbeiten, die sich auf Sprachförderung spezialisiert haben oder der Waldpädagogin in Waldkitas sein Fachwissen in die Betreuung der Kinder einfließen lassen. Hierbei handelt es sich ausdrücklich um Einzelfälle, die vom Jugendamt genehmigt werden müssen und nur 15 % des Betreuungspersonals umfassen dür-

fen. Die Öffnung des Fachkräftecataloges soll auf keinen Fall die Qualität in unseren hessischen Kitas herabsetzen, sondern die Betreuung unserer Kinder viel mehr bereichern. Mit diesem Schritt folgen wir den Forderungen der Kindergartenträger, die in der Gesetzesanhörung im Mai unisono eine solche Öffnung gefordert haben.



FORTSETZUNG VON SEITE 1 ►

Sofortprogramm Schülerinnen und Schüler mit Unterstützungsbedarf bei der Anschaffung dieser Geräte. Den auf Hessen entfallenden Landesanteil von 37,2 Mio. Euro werden wir auf voraussichtlich insgesamt 50 Mio. Euro aufstocken. Wir überschreiten damit deutlich den von Bund geforderten Eigenanteil, um bei-

spielsweise auch nötige technische Supportleistungen abzugelten. Bereits beim DigitalPakt zwischen dem Bund und den Ländern hat die CDU-geführte Landesregierung in Hessen die bereitgestellten Mittel um bundesweit einmalige 25 Prozent erhöht. Hinzukommen zahlreiche Fort- und Ausbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte zur verstärkten Medienkompetenzvermittlung.

STARKES DORF – 5.000 EURO FÜR HOCHSTÄDTER HEIMATPFLEGEVEREIN



Der Förderverein Heimatpflege Hochstädten e.V. erhält 5.000 Euro für die Begrünung des Außengeländes des Hochstädter Hauses als ehrenamtlich errichtete Begegnungsstätte. Die Mittel werden aus dem Förderprogramm „Starkes Dorf

– Wir machen mit“ gewährt – 5.000 Euro sind dabei die projektbezogene Höchstsumme. Gefördert werden Vereine, Verbände und Freiwilligenagenturen, deren Projekte dem ehrenamtlichen Engagement und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt im Dorf dienen. Allein in diesem Jahr konnten bereits 54 Projekt mit insgesamt rund 210.000 Euro gefördert werden. Weitere Informationen unter <https://landhatzukunft.hessen.de>.

LANDTAG GRATULIERT: HESSISCHE VERKEHRSVERBÜNDE FEIERN GEBURTSTAG

Als Mitglied im Wirtschafts- und Verkehrsausschuss habe ich für die CDU-Fraktion anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Verkehrsverbünde RMV und NVV gesprochen. Vor ihrer Gründung 1995 wurde das Schienennetz durch die Bundesbahn organisiert. Tarife und Fahrpläne glichen einem Flickenteppich. Für kurze Strecken brauchte man gleich mehrere Fahrkarten. RMV und NVV, sowie der VRN, haben das Reisen praktischer, einfacher und stressfreier gemacht. Seit 1995 gilt für Hessen „Ein Fahrplan, ein Fahrschein, Ein Fahrpreis“. Für uns in Südhessen gilt dies mit dem VRN sogar schon seit 1989!

Der Erfolg von RMV und NVV zeigt sich auch in den Nutzungszahlen: Im Grün-

dungsjahr fuhren 530 Millionen Fahrgäste mit. 2019 waren es bereits 805 Millionen – ein Anstieg von über 50 Prozent! Umfassende Infrastrukturinvestitionen und bedarfsgerechte Ticketangebote wie Landes-, Schüler-, Job-, Semester- oder Senienticket haben hier einen entscheidenden Einfluss.

Doch damit nicht genug: Jeder Fahrgast, der RMV, NVV und VRN nutzt, legt die Strecke nicht im privaten PKW zurück – und spart damit Emissionen. Die Verkehrsverbünde sind damit auch ein wichtiger Partner im Klimaschutz. Nicht ohne Grund haben wir die Zwanziger Jahre zum Jahrzehnt der Schiene erklärt und werden weiterhin investieren.

6.300 EURO FÜR DEN KSC BENSHEIM

Der KSC Bensheim erhält 6.300 Euro aus dem Landesprogramm „Weiterführung der Vereinsarbeit“. Die Mittel ergänzen die Eigenmittel des Vereins und dienen dem Einbau einer Notausgangstür, sowie der Anschaffung einer Heizanlage und neuer LED-Beleuchtung. Sportvereine und -verbände, die einer besonderen finanziellen Belastung ausgesetzt sind, können sich beim Land Hessen um Aufnahme in das Förderprogramm bewerben. Gerade in der Pandemie sind die Unterstützungsangebote für die Vereinslandschaft besonders wichtig, um in den nächsten Wochen und nach der Krise einen Neustart des gesellschaftlichen Lebens zu vollziehen. Mit Herzblut und ehrenamtlichem Engagement fördern die Vereine in Hessen die Gemeinschaft und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Ich freue mich, dass nun auch der KSC Bensheim zur Modernisierung der Vereinsliegenschaft auf Landesmittel zurückgreifen kann.



IMPRESSUM

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
 Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552
 E-Mail: cdu-fraktion@ltg.hessen.de
twitter.com/cdu_fraktion
facebook.com/cdufraktionhessen
www.instagram.com/cdufraktion

Birgit Heitland MdL

Wahlkreis Bergstraße II
 Schönbacher Straße 5 | 64646 Heppenheim
 Tel.: 06252 - 98 21 44 | b.heitland@ltg.hessen.de
 Fotos: Scarlett Rüger, Marius Schmitt, cdu.de, cduhessen.de, Pixabay.com